



nach Berechnungen des Hochschulverbandes Anfang der 30er Jahre nur etwa ein Drittel darauf hoffen, jemals einen Lehrstuhl zu erhalten, an den Medizinischen Fakultäten war es sogar nur ein Siebtel.<sup>4</sup>

## Die „Hochschulrevolution“ der Nationalsozialisten

Anfang 1933 fühlte sich in der NSDAP niemand für Wissenschaft zuständig, und auch eine Organisation nationalsozialistischer Wissenschaftler existierte damals noch nicht. Die Kultusministerien wurden in der Regel von ehemaligen Lehrern wie Bernhard Rust (Preußen) oder Hans Schemm (Bayern) übernommen, die mit dem Universitätsbetrieb nicht wirklich vertraut waren. Dieses Vakuum nutzte der NS-Studentenbund, der 1933/34 versuchte, auf eigene Faust das zu inszenieren, was die Nazi-Studenten als „nationalsozialistische Hochschulrevolution“ bezeichneten. Durch ihre vehementen Attacken gegen die „reaktionären“ und „verkalkten“ Professoren erhielt die Phase der „Machtergreifung“ an den Hochschulen den Charakter eines Generationskonfliktes, der die traditionellen Hierarchien zeitweise außer Kraft setzte.

Auf sicherem Boden bewegten sich die nationalsozialistischen Hochschulpolitiker nur dort, wo bestimmte hochschulpolitische Maßnahmen sich eindeutig aus eingeschliffenen Feindbildern ergaben. Zu diesen Maßnahmen gehörte die Vertreibung jüdischer oder politisch unliebsamer Hochschullehrer und die Beseitigung demokratischer Strukturen – soweit man davon an den Hochschulen sprechen konnte – zugunsten des Führerprinzips. Dazu gehörte auch eine Personalpolitik, bei der neben dem Kriterium der Leistung fortan die politische Gesinnung und die „Rasse“ eine entscheidende Rolle spielen sollten. Alle wichtigen personalpolitischen Entscheidungen wurden seit 1933 mit einer politischen Überprüfung der Kandidaten verknüpft. Wer nicht den Eindruck erweckte, dem Regime mindestens loyal gegenüber zu stehen, hatte keine Chance zu reüssieren.

Die traditionelle Struktur der deutschen Hochschulen ist dementsprechend bereits 1933 von den Kultusministerien per Rund erlass liquidiert worden. Die bisherigen Entscheidungsgremien (Senate und Fakultäten) wurden weitgehend entmachtet. Stattdessen avancierten nunmehr die Rektoren zu „Führern“ der Hochschulen, die Dekane zu „Führern“ der Fakultäten. Wahlen von Rektoren oder Dekanen entfielen fortan. Tatsächlich blieb die Figur des scheinbar allmächtigen Führer-Rektors aber weitgehend eine Fiktion. Zum einen zeigten die örtlichen Funktionäre des NS-Dozentenbundes und des NS-Studentenbundes oft wenig Bereitschaft,

sich dem Rektor unterzuordnen, sondern bildeten faktisch Nebenregierungen, was zu häufigen Konflikten Anlass gab. Zum anderen mischten sich neben dem Reichserziehungsministerium, dem der Rektor offiziell unterstand, auch örtliche Parteistellen (vor allem die Gauleiter) immer wieder in die Rektoratsgeschäfte ein.<sup>5</sup> Klare Hierarchien bestanden daher an den Hochschulen nur auf dem Papier. In der Praxis hatte die Umstrukturierung der Hochschulen nach der „Machtergreifung“ vor allem zwei Konsequenzen: erstens eine Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse von den Hochschulen zur Staats- und Parteibürokratie und zweitens eine partielle Entmachtung der Ordinarien, die bis 1933 die Hochschulen beherrschten.

Schließlich wurde auch die Forderung nach einer neuen „nationalsozialistischen Wissenschaft“ erhoben. Was das genau bedeutete und wie eine nationalsozialistische Philosophie, Germanistik oder Physik auszusehen hatte, darüber bestanden allerdings nur unklare und häufig widersprüchliche Vorstellungen. Zudem konnten sich die zuständigen Staats- und Parteistellen – u.a. das Reichserziehungsministerium, der NS-Dozentenbund und das Amt Rosenberg – nicht darüber einigen, wer von ihnen dazu berufen sein sollte, die Wissenschaft im Sinne des Regimes auszurichten und zu lenken.

## Die Säuberungspolitik und ihre Folgen

Zwischen 1933 und 1945 sind 18 bis 19 Prozent des Lehrkörpers der deutschen Universitäten entlassen wurden. Bei etwa 80 Prozent der Entlassenen standen antisemitische Motive im Vordergrund, d.h. es handelte sich um Juden oder um Wissenschaftler, die (teilweise) jüdischer Herkunft waren oder um Hochschullehrer, deren Ehefrau „Nichtarierin“ war. Weiter offenbart die Statistik erhebliche Unterschiede zwischen jenen Hochschulen, die aufgrund der Entlassungen mehr als ein Drittel ihres Lehrkörpers verloren (Berlin, Frankfurt), und anderen, die nur marginal von der Säuberungspolitik betroffen waren (Tübingen, Rostock), weil sie schon vor 1933 darauf Wert gelegt hatten, keine Juden zu habilitieren oder zu berufen.<sup>6</sup>

Die Folgen der Massenentlassungen lassen sich in drei Punkten zusammenfassen:

Erstens: ein wissenschaftlicher Substanzverlust. Zwar rechtfertigt eine Entlassungsquote von 18 bis 19 Prozent es nicht, von einer „geistigen Enthaftung Deutschlands“ zu sprechen, wie in älteren Arbeiten manchmal zu lesen ist. Allerdings gibt es gute Gründe anzunehmen, dass der durch die Entlassungen verursachte Verlust an wissenschaftlicher Substanz deutlich höher war, als die schiefe Zahl der entlassenen Wissenschaftler vermuten lässt. Insbesondere Ute Deichmann und

Klaus Fischer zeigen in ihren Arbeiten zur Geschichte der Physik, Biologie und Chemie, dass wissenschaftliche Spitzenkräfte unter den emigrierten Wissenschaftlern weit überproportional vertreten waren.<sup>7</sup>

Zweitens: Für viele Zeitgenossen stand beim Blick auf die Folgen der Entlassungen indes nicht der wissenschaftliche Substanzverlust im Vordergrund, sondern ein ganz anderer Aspekt, nämlich die Auswirkungen, die die Entlassungen auf den akademischen Arbeitsmarkt in Deutschland hatten. Aus der Perspektive der zahlreichen, in ungesicherten Verhältnissen lebenden Wissenschaftler, die Anfang der 30er Jahre noch guten Grund hatten, sich als „verlorene Generation“ zu fühlen, eröffnete sich mit den 1933 einsetzenden Massenentlassungen gewissermaßen eine zweite Chance, und viele von ihnen waren offensichtlich fest entschlossen, sie zu nutzen. Schon aus diesem Grund war eine geschlossene Abwehrreaktion der deutschen Hochschulen gegenüber den Massenentlassungen unrealistisch. Max Planck, der sich für eine ganze Reihe bedrohter Kollegen einsetzte, hat diesen Zusammenhang im Juli 1933 illusionslos formuliert. Als Otto Hahn ihm vorschlug, eine möglichst große Zahl prominenter Professoren zusammenzubringen, um gegen die Behandlung der jüdischen Kollegen zu protestieren, antwortete Planck: „Wenn heute 30 Professoren aufstehen und sich gegen das Vorgehen der Regierung einsetzen, dann kommen morgen 150 Personen, die sich mit Hitler solidarisch erklären, weil sie die Stellen haben wollen.“<sup>8</sup>

Eine dritte Folgewirkung der Entlassungen ist darauf zurückzuführen, dass die Emigranten, die Deutschland nach 1933 verließen, in der Regel in die USA oder nach Großbritannien gingen und damit Deutschlands zukünftige Kriegsgegner stärkten. Erstaunlicherweise ist diese Entwicklung in den entscheidenden Jahren nach der „Machtergreifung“ an den Schalthebeln nationalsozialistischer Politik nicht als ein Problem wahrgenommen worden. Das änderte sich erst 1942/43. Zu diesem Zeitpunkt ließ sich nicht mehr leugnen, dass die Wehrmacht auf waffentechnisch zentralen Forschungsfeldern, insbesondere in der Radartechnik, gegenüber den Alliierten ins Hintertreffen geraten war. Im Zuge der Debatte über die Ursachen dieser Entwicklung wurden nun auch die Massenentlassungen der Anfangsjahre mit anderen Augen gesehen. Auf der Rektorenkonferenz von 1943 wies der Freiburger Rektor Wilhelm Süss in einem ausführlichen Referat über die Probleme deutscher Wissenschaftspolitik u.a. darauf hin, „dass wir [...] mit den ins feindliche Ausland gegangenen wissenschaftlichen Emigranten der Gegenseite einen nicht unbedeutenden Potentialgewinn geliefert haben.“<sup>9</sup>

Zu diesem Zeitpunkt ahnte noch niemand in Deutschland, in welchem Ausmaß

einige Emigranten tatsächlich an militärisch brisanten Forschungen beteiligt waren, weil in Berlin bis 1945 keine Informationen über das größte militärische Forschungsprojekt der Alliierten vorlagen, den Bau der amerikanischen Atombombe. Tatsächlich waren es die aus Deutschland vertriebenen Physiker Albert Einstein, Leo Szilard und Eduard Teller, die das Atombombenprojekt der USA in Gang brachten, indem sie den amerikanischen Präsidenten überhaupt erst auf das militärische Potenzial der Kernenergie hinwiesen. Angetrieben von dem Alptraum, Hitler könne als erster über die Atombombe verfügen, beteiligten sich darüber hinaus zahlreiche Emigranten in führender Position an den Forschungen, die schließlich zur Entwicklung der ersten Atombombe führten.<sup>10</sup>

Kurz: Mit der Entlassung zahlreicher bedeutender Wissenschaftler haben die Nationalsozialisten das wissenschaftlich-militärische Potenzial der Alliierten gestärkt und damit zur Niederlage der Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg beigetragen.

## Große Resonanz der NSDAP unter Studierenden

Die Reaktion der Hochschulen auf den Nationalsozialismus war weitgehend bestimmt durch die Generationszugehörigkeit und den Status innerhalb der Hochschule. Je geringer der akademische Status und je jünger die Hochschulangehörigen waren, desto früher und intensiver erfolgte ihre Hinwendung zum Nationalsozialismus. Im Umkehrschluss folgt daraus: Je älter und etablierter sie waren, umso distanzierter verhielten sie sich gegenüber der NSDAP. Die größte Resonanz fand die NSDAP daher unter den Studierenden. Bereits 1931 avancierten die Nationalsozialisten zur stärksten politischen Kraft in der Studentenschaft. In diesem Jahr übernahm der NS-Studentenbund folgerichtig die Dachorganisation der Studierenden, die Deutsche Studentenschaft. In der Studentenschaft, so könnte man pointiert formulieren, hat die „Machtergreifung“ schon eineinhalb Jahre vor 1933 stattgefunden.<sup>11</sup>

Auch für die an Hochschulen tätigen Wissenschaftler gilt, dass der Anteil der NSDAP-Mitglieder in den jüngsten Altersgruppen am höchsten war und mit zunehmendem Alter schrittweise abnahm. Zwar gehörten zu jenen Wissenschaftlern, die sich 1933 öffentlich für das NS-Regime erklärten, auch renommierte Ordinarien wie Martin Heidegger oder Carl Schmitt. Die Masse der neuen Parteigenossen rekrutierte sich aber überwiegend aus dem Kreis der Assistenten, Privatdozenten und außerordentlichen Professoren. Dieser Zusammenhang war schon für die Zeitgenossen so evident, dass bald von einer „Privatdozentenkrankheit“ gesprochen wurde.



*Einzug der deutschen Rektoren während des Jubiläums der Universität Göttingen im Juni 1937. Quelle: Winfried Schulze, Otto Gerhard Oexle (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch, 1999*

Wichtiger noch: Der wissenschaftliche Nachwuchs war nicht nur unter den Parteimitgliedern, sondern auch unter den politischen Aktivisten weit überproportional vertreten: „Die aktiven Nationalsozialisten sind fast ausschließlich auf den Kreis der jüngeren Dozenten beschränkt“, urteilte der frisch konvertierte Jurist Carl Schmitt 1934 in einem unveröffentlichten Bericht über die Lage der Juristischen Fakultäten.<sup>12</sup> Dies lag nicht nur daran, dass die vor 1933 ausgesprochen miserablen Karrierechancen der Nachwuchskräfte sich aufgrund der Massenentlassungen erheblich verbesserten. Vielmehr scheint die Begeisterung für den Nationalsozialismus unter den jüngeren, nicht etablierten Hochschullehrern deutlich größer gewesen zu sein als unter den Ordinarien. Dazu hat gewiss auch das öffentliche Auftreten der NSDAP beigetragen, die sich 1933 noch als eine Art Jugendbewegung gegen das „Versagen“ der älteren Generation gebärdete. Anders die etablierten Hochschullehrer, die Ordinarien: Für sie bedeutete die nationalsozialistische Machtergreifung eine erhebliche Einbuße ihrer traditionellen Machtposition, einerseits zugunsten des Rektors und der Dekane, andererseits zugunsten der Ministerialbürokratie und der Partei. Wenn man von den entlassenen Hochschullehrern einmal absieht, waren die Ordinarien die eigentlichen Verlierer der „Machtergreifung“ an den Universitäten.

Dennoch haben sich in den folgenden Jahren auch viele der etablierten Professoren dem Regime zugewandt. Vor allem die gewaltsame innenpolitische Befriedung des Deutschen Reiches und die außenpoli-

tischen Erfolge des Regimes haben auch zahlreiche Professoren, die sich zunächst abwartend oder skeptisch verhielten, dem Nationalsozialismus in die Arme getrieben. 1938, nach dem Anschluss Österreichs und der erfolgreichen Beendigung der „Sudetenkrise“ hatten die Nationalsozialisten und ihre Bündnispartner fast alles erreicht, wovon das nationalistische Bürgertum seit 1919 träumte. Ein ehemals liberal-konservativer Hochschullehrer wie der Historiker Percy Ernst Schramm notierte im Oktober 1938: „80 Millionen – ohne Blutvergießen. Das konnte weder Bismarck noch die Jungfrau von Orléans, sondern nur jemand, der beider Fähigkeiten vereinigte. Man ist zu erfüllt, um wieder an die Arbeit zu gehen [...] Nun ist 1938 also doch das große Jahr unseres Lebens, über das kein weiteres uns hinausheben kann.“<sup>13</sup>

Auf den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges reagierten die Universitäten, ebenso wie die deutsche Bevölkerung insgesamt, zunächst sehr zurückhaltend. Umso heftiger war jedoch der Enthusiasmus nach den ersten großen militärischen Erfolgen der Wehrmacht. Insbesondere der Feldzug gegen Frankreich 1940 scheint auf viele zunächst skeptische Hochschullehrer eine ähnliche Wirkung gehabt zu haben wie die Reichsgründung von 1871 und die ihr vorausgegangenen militärischen Siege auf das liberale Bürgertum der Generation von 1848. Die enthusiastische Reaktion Friedrich Meineckes gibt eine Ahnung von der Breite dieses Stimmungswandels. In einem Brief, den Meinecke – ein alter Liberaler – im Juli 1940 an einen Kollegen schrieb, heißt es: „Freude, Bewunderung und Stolz auf dieses Heer müssen zunächst

auch für mich dominieren. Und Straßburgs Wiedergewinnung! Wie sollte einem da das Herz nicht schlagen. Es war doch eine erstaunliche, und wohl die größte positive Leistung des 3. Reiches, in vier Jahren ein solches Millionenheer neu aufzubauen und zu solchen Leistungen zu befähigen [...] Ich will [...] in Vielem, aber nicht in Allem umlernen.“<sup>14</sup>

Insgesamt hat sich unter dem Eindruck der Erfolge des Regimes offensichtlich auch ein größerer Teil der zunächst kritischen Professoren dem Nationalsozialismus bis 1939/40 angenähert. Diese Entwicklung führte jedoch nicht zu einer vorbehaltlosen Identifikation mit dem Nationalsozialismus. Abschreckend wirkte an den Hochschulen insbesondere der Anti-Intellektualismus des Regimes. Selbst ein überzeugter Nationalsozialist wie der Berliner Germanist Franz Koch konnte nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, dass das Renommee der Hochschullehrer sich seit 1933 drastisch verringert hatte. Im November 1939 artikulierte Koch seine tiefe Enttäuschung über diese Tatsache in einer vertraulichen Denkschrift, die unter dem Titel „Schweigen hieße Verrat“ an verschiedene Parteistellen verschickt wurde. Darin hieß es unter anderem: „Die Autorität der Universität, im weiteren Sinne der Wissenschaft ist zerstört, der Wissenschaftler, der Professor gilt, indem man ihn [...] zum ‚Intellektuellen‘ stempelt, geradezu grundsätzlich als anfechtbare Erscheinung“. Der Professor, so heißt es weiter, werde mit „Abgunst und Mißtrauen betrachtet, in der Öffentlichkeit immer wieder angegriffen, allzu selten geschützt und verteidigt, [...] niemals anerkannt“.<sup>15</sup>

## Wissenschaft für die „Volksgemeinschaft“

Obwohl die nationalsozialistischen Hochschulpolitiker große Schwierigkeiten hatten, genauer zu definieren, welche Art von Wissenschaft sie haben wollten, so

war doch eines klar: Die Repräsentanten des neuen Regimes forderten eine Wissenschaft, die für das Regime, für die „Volksgemeinschaft“ von Nutzen sein sollte. Charakteristisch für diese Einstellung war ein Artikel, den die SS-Zeitung „Das Schwarze Korps“ 1936 veröffentlichte: „Der tote Wissenskrampf des liberalistischen Jahrhunderts nützt weder dem Volk noch dem Staat, und wir haben keine Lust, noch länger die Anmaßung einiger bezahlter Staatsdiener zu dulden, die unter Berufung auf eine angebliche Eigengesetzlichkeit der Wissenschaft das Recht fordern, auch weiterhin Dinge treiben zu dürfen, die das Volk nicht interessieren und ihm daher auch nichts nützen.“<sup>16</sup>

Wer als Wissenschaftler unter Druck stand, seine Nützlichkeit unter Beweis zu stellen, konnte dies prinzipiell auf zwei Wegen tun: als Ideologe oder als Experte. Wie die neuere Forschung gezeigt hat, bestand unter Wissenschaftlern eine große Bereitschaft, alles zu unterstützen, was von den Zeitgenossen als „Wiederaufstieg Deutschlands“ wahrgenommen wurde. Naturwissenschaftler und Techniker hatten daher in der Regel keine Probleme damit, sich als Experten für den Vierjahresplan, die Kriegsforschung oder für die Wehrmacht zur Verfügung zu stellen, jedenfalls so lange dabei die Autonomie der Forscher respektiert wurde. Die ideologische Anpassung an das Regime war dagegen aus Sicht der meisten Hochschullehrer viel problematischer, weil sie die dem traditionellen Grundsatz widersprach, Wissenschaft und Politik voneinander zu trennen.

Dennoch haben sich auch im Bereich der Geisteswissenschaften viele Wissenschaftler dem Regime angenähert. Dabei lassen sich sechs verschiedene Formen der Anpassung unterscheiden:

1. Anpassung durch Ausblenden. Diese mildeste Variante der Anpassung bestand darin, bestimmte heikle Themen nicht mehr anzusprechen, Namen von Emigranten und anderen Unpersonen nicht länger zu erwähnen, jüdische

Kollegen nur noch selten oder gar nicht zu zitieren.

2. Politisierung nach dem Sandwich-Prinzip. Anpassung beschränkte sich in diesem Fall auf gelegentliche politische Botschaften in Vorworten, Einleitungen oder Zusammenfassungen, ohne dass sich an der Substanz der Arbeit etwas änderte.
3. Begriffliche Anpassung an die Lingua Tertii Imperii (LTI), die von Victor Klemperer so eindringlich analysierte Sprache des Regimes. Dazu gehörte das Einsickern von Begriffen wie „artfremd“, „Führer“, „Gefolgschaft“, „heldisch“, „Volkstum“, oder „völkisch“ in wissenschaftliche Publikationen. Eine Beurteilung solcher Prozesse ist oft schwierig, weil sie, wie man von Klemperer lernen kann, keineswegs immer bewusst verliefen.<sup>17</sup>
4. Anpassung im außerwissenschaftlichen Bereich, durch Parteieintritt oder gelegentliche Zeitungsartikel, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung traditioneller Methoden und Standards in wissenschaftlichen Publikationen. Ein solches Verhalten reagierte auf die Erwartungen des Regimes und folgte gleichzeitig dem Grundsatz, Wissenschaft und Politik voneinander zu trennen.
5. Anpassung als Paradigmenwechsel durch die Übernahme der nationalsozialistischen Rassenideologie. Ein solcher Schritt war dort, wo er gemacht wurde, ein Bruch mit der wissenschaftlichen Tradition. Zwar existierte ein Rassismus mit antisemitischer Stoßrichtung an den Hochschulen auch schon vor 1933. Dabei handelte es sich aber um ein Ressentiment, nicht um ein wissenschaftliches Konzept.
6. Eine bewusste Unterordnung der Forscher unter die Politik des Regimes. Hierzu gehörten jene Teile der „Ostforschung“ oder „Westforschung“, die darauf gerichtet waren, die expansionistische Politik des Regimes mit wissen-

## Wege ins Exil



Aus den annähernd 8.700 Lebensläufen, zusammengetragen im Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, stellen wir einige hier vor. Es waren Wissenschaftler/innen, die Deutschland verlassen mussten, weil sie jüdischer Herkunft waren und/oder aus politischen Gründen verfolgt wurden oder weil sie sich der ideologischen Formierung durch das NS-Regime nicht beugen wollten. Die weitaus meisten gingen in die USA, einige folgten dem Ruf der türkischen Regierung unter Kemal Atatürk. An der Universität von Istanbul enthüllte 1986 der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker eine Gedenktafel:

*„Als Wissenschaft nicht mehr dem Gewissen folgen durfte, sondern unter das Diktat einer rassistischen und verbrecherischen Ideologie gezwungen werden sollte, verließen viele der besten und aufrichtigsten Gelehrten unser Land, um andernorts die Freiheit des wissenschaftlichen Arbeitens zu finden, die ihnen daheim verwehrt wurde.“*

schaftlichen Mitteln zu unterstützen, sowie Publikationen, die darauf abzielten, den Krieg zu legitimieren oder die Kriegsgegner zu diskreditieren. Auch im Rahmen der auswärtigen Kulturpolitik, später der Besatzungspolitik und bei der Plünderung von Bibliotheken, Museen oder Archiven in den von der Wehrmacht eroberten Teilen Europas haben Geisteswissenschaftler sich den Machthabern zur Verfügung gestellt.

Schon jetzt kann als gesichert gelten, dass es kaum einen Geisteswissenschaftler gab, der sich nicht in der einen oder anderen Weise dem Regime angenähert hat. Lassen sich doch sogar in den Veröffentlichungen von Hochschullehrern wie Werner Krauss oder Kurt Huber, die aktiv am Widerstand gegen die Diktatur beteiligt waren, Zugeständnisse an das Regime auffinden. Andererseits blieben die Anpassungsleistungen in den Geisteswissenschaften deutlich hinter den Erwartungen des Regimes zurück. Reichserziehungsminister Rust behauptete 1936 sogar, „was heute noch in der Geisteswissenschaft lebe, das sei von gestern und vorgestern“.<sup>18</sup> Offenkundig ist zudem, dass die verschiedenen hier skizzierten Spielarten von Anpassung differenziert beurteilt werden müssen. In einigen Fällen blieb Anpassung ein Oberflächenphänomen, in anderen war zumindest das Bestreben spürbar, den Kernbereich geisteswissenschaftlicher Forschung von Zugeständnissen an das Regime freizuhalten. In vielen Fällen ging die Mitwirkungsbereitschaft von Geisteswissenschaftlern jedoch eindeutig an die Substanz. Dazu gehörte insbesondere eine erhebliche Bereitschaft, die aggressive Expansionspolitik des Regimes zu rechtfertigen und zu unterstützen. Hier befand man sich auf vertrautem Terrain, da solche Arbeiten an die chauvinistische Professorenliteratur des Ersten Weltkriegs anknüpfen konnten. In massierter Form äußerte sich diese Bereitschaft im „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“, den Paul Ritterbusch seit 1940 im Auftrag des Reichserziehungsministeriums organisierte.<sup>19</sup>

Im Extremfall wurden Wissenschaftler zu geistigen Wegbereitern oder sogar zu Planern und Tätern der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Dies galt insbesondere für eine Gruppe von Medizinerinnen – darunter diverse Professoren der Psychiatrie wie Carl Schneider (Heidelberg) oder Max de Crinis (Berlin), die an der Vorbereitung der Euthanasiepolitik beteiligt waren und später als Gutachter über Leben und Tod zahlreicher Psychiatriepatienten entschieden. Zu dieser Gruppe gehörten auch jene Wissenschaftler, meist Mediziner, die Lagerhäftlinge als Material für wissenschaftliche Experimente mit manchmal tödlichem Ausgang missbrauchten. Diese Experimente sind lange Zeit als „Pseudo-Wissenschaft“ etikettiert worden, obwohl die meisten dieser „Pseudowissenschaftler“ durchaus die herkömmlichen akademischen Qualifikationsnachweise (Promotion, Habilitation) vorlegen

konnten. Tatsächlich waren solche Menschenversuche aber vielfach Ausdruck eines genuin wissenschaftlichen Forscherdranges, weil bestimmte Probleme der Forschung – etwa die Frage nach der Wirksamkeit neuer Medikamente – auf diesem Wege am einfachsten und präzisesten gelöst werden konnten – anders als bei Tierversuchen, deren Ergebnisse sich nie mit Sicherheit auf Menschen übertragen lassen. Was diejenigen, die solche Humanexperimente durchführten, von anderen Wissenschaftlern unterschied, war nicht die wissenschaftliche Qualifikation, sondern die Bereitschaft,

ethische Regeln zu verletzen, die bislang der medizinischen Forschung Grenzen gesetzt hatten. Einige diese Experimente gehören zu den grauenhaftesten Kapiteln der Wissenschaftsgeschichte. Vor diesem Hintergrund stellt sich heute in der Auseinandersetzung über die Lehren aus der Geschichte des Nationalsozialismus nicht nur die Frage, wie in Zukunft die Freiheit der Wissenschaft gesichert werden kann, sondern auch die Frage nach den Grenzen einer Wissenschaft, die das menschliche Leben nicht nur erleichtern, sondern auch bedrohen kann.

## Literatur

Deichmann, U. (1995): Biologen unter Hitler. Porträt einer Wissenschaft im NS-Staat, erw. Ausgabe, Frankfurt/M.

Deichmann, U. (2001): Flüchten, Mitmachen, Vergessen. Chemiker und Biochemiker in der NS-Zeit, Weinheim.

Faust, A. (1973): Der Nationalsozialistische Studentenbund, 2 Bde., Düsseldorf.

Fischer, K. (1991): Die Emigration von Wissenschaftlern nach 1933. Möglichkeiten und Grenzen einer Bilanzierung. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 39, S. 535–549.

Grolle, J. (1989): Der Hamburger Percy Ernst Schramm – ein Historiker auf der Suche nach der Wirklichkeit, Hamburg.

Grüttner, M. (2002): Machtergreifung als Generationskonflikt. Die Krise der Hochschulen und der Aufstieg des Nationalsozialismus. In: Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahme zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Hg. von R. vom Bruch und B. Kaderas, Stuttgart, S. 339–353.

Grüttner, M. (2003): Die deutschen Universitäten unter dem Hakenkreuz. In: Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, Hg. von J. Connelly und M. Grüttner, Paderborn, S. 67–100.

Grüttner, M., Kinas, S. (2007): Die Vertreibung von Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten 1933–1945. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 55, S. 123–186.

Hahn, O. (1968): Mein Leben, München.

Hausmann, F.-R. (2007): Deutsche Geisteswissenschaft im Zweiten Weltkrieg. Die „Aktion Ritterbusch“ (1940–1945), 3. erw. Ausgabe, Heidelberg.

Klemperer, V. (1968): LTI. Notizbuch eines Philologen, 3. Aufl., Leipzig.

Kunkel, W. (1966): Der Professor im Dritten Reich. In: Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München, München, S. 103–133.

Meinecke, F. (1962): Ausgewählter Briefwechsel. Hg. von L. Dehio und P. Clasen, Stuttgart.

Rhodes, R. (1988): Die Atombombe oder die Geschichte des 8. Schöpfungstages, Nördlingen.

Schmitt, C. (1934): Bericht über die Entwicklung der Reichsfachgruppe Hochschullehrer im BNSDJ und die Verhältnisse an den rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten während des Wintersemesters 1933/34, MS (1.5.1934). In: Staatsarchiv Hamburg Hochschulwesen II Aa 38/2.

Seier, H. (1964): Der Rektor als Führer. Zur Hochschulpolitik des Reichserziehungsministeriums 1934-1945 In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 12, S. 105-146.

Weber, M. (1984): Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland. In: Max Weber, Gesamtausgabe, Abteilung I, Bd. 15, Tübingen, S. 421-596

## Anmerkungen

- 1 Text eines Vortrags, den der Verfasser am 30.11.2007 zum UNESCO-Welttag der Philosophie in Bremen gehalten hat.
- 2 Weber 1984, S. 593.
- 3 Grüttner 2003, S. 69.
- 4 Grüttner 2002.
- 5 Seier 1964.
- 6 Grüttner, Kinas 2007.
- 7 Deichmann 1995, S. 47 f; Deichmann 2001, S. 138 f.; Fischer 1991, S. 541 f.
- 8 Hahn 1968, S. 145.
- 9 Bundesarchiv Berlin R 43 II 942b Bl. 82.
- 10 Rhodes 1988.
- 11 Faust 1973.
- 12 Schmitt 1934, S. 3.
- 13 Zit. in: Grolle 1989, S. 33.
- 14 Meinecke 1962, S. 364.
- 15 Bundesarchiv Berlin R 43 II 940b Bl. 28 ff.
- 16 Das Schwarze Korps, Folge 50, 10.12.1936, S. 6.
- 17 Klemperer 1968, S. 232 ff.
- 18 „Die totale geistige Umgestaltung“, in: Berliner Tageblatt, Nr. 102, 29.2.1936.
- 19 Hausmann, 2007.